den Nachfolgestaaten des Sowjetimperiums (denn das Phänomen bleibt nicht auf Rußland beschränkt) bietet, ein Schlaglicht auf die Füllung des Sinnvakuums durch geopolitische Überlegungen, die kulturell untermalt Rußlands Westorientierung oder eine erwünscht Hinwendung zu Asien oder eben die Janusköpfigkeit des Riesensandes herausstreichen. Ergänzt wird dies durch eine Mischung aus ziemlich eklektisch anmutenden Überlegungen zur gesellschaftlichen Integration, die ebenso Spurenelemente von Theorien der marxistisch-leninistischen Formationslehre wie jener Religionsphilosophien aufweisen, die im letzten Drittel des 19. Jh.s in Rußland so prominent waren. Gemeinsam ist diesen Wurzeln der holistische Ansatz, auch wenn praktische Folgerungen in der Kulturologie oft fragmentierter als dieser Gesamtanspruch bleiben. Interessant ist die „kulturologia“, deren Verbreitung Jutta Scherrer nicht allein an den Werken ihrer führenden Exponenten betrachtet, sondern bis in die wirkungsmächtigen Lehrbücher für den Alltagsgebrauch verfolgt, als Indikator der intellektuell-mentalenen Bewältigung einer Transformationserfahrung, wie sie tiefer ein Land nicht erfahren kann.

Wer dagegen einen Vergleich mit Cultural Studies und deutscher Kulturwissenschaft im Auge hat, wird zunächst wenig Ähnlichkeiten feststellen. Auf den zweiten Blick fällt einem aber doch auf, wie stark alle drei Richtungen einen Übergang in der Perzeption von Gesellschaft und ihrer Krisenhaftigkeit spiegeln und über die Zahl von Beiträgen, die aus kritischer Distanz an das Geraune von Scharlatanen gemahnen, gibt es bisher keine zuverlässigen Statistiken, die ein si-

cheres Urteil über einen Vorsprung des Ostens oder des Westens zuließen.

Mathias Middell

Terry Cox/Bob Mason: Social and Economic Transformation in East Central Europe. Institutions, Property Relations and Social Interests, United Nations Research Institute for Social Development, Edward Elgar Publishing Bookcraft (Bath) Ltd, London 1999, 230 S.

Das Buch ist eine gründliche und aufschlußreiche Darstellung des Wandels der sozialen Institutionen und der Schemata der sozialen Verhältnisse in Ostmitteleuropa, die sich als Folge der politischen Umstrukturierung und der Wirtschaftsreformen ergeben haben. Durch umfangreiche Fallstudien untersuchen *Terry Cox* und *Bob Mason* aus einer zeitlichen Distanz die institutionellen Umgestaltungen der Gesellschaftssysteme der drei „Leader“-Länder¹ im Transformationsprozeß.

Die für die empirische Untersuchung ausgewählten Länder Ungarn, Polen und Tschechoslowakei haben ihre Wirtschaftsreformen am schnellsten durchgeführt, den größten Widerstand der kommunistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung entgegengesetzt und die größte Veränderungsbereitschaft (Marktreife, Rolle des Staates in der Wirtschaft und Politik, Rolle der ausländischen Direktinvestitionen) nachgewiesen. Bei allen gemeinsamen Merkmalen ist es dennoch in den späten 80er Jahren in allen drei Ländern zu unterschiedlichen Reaktionen auf die Krise des kommunistischen Regimes gekommen: Kapitulation in der Tschecho-

slowakei, Kompromiß in Polen und Wahlkampf in Ungarn. Das Hauptargument des Buches ist daß, obwohl einige Aspekte des Staates und des politischen Systems in den Jahren 1989–1990 zusammengebrochen sind, andere überlebt haben, zumindest in modifizierten Formen; daher bilden sie nach wie vor einen wesentlichen Teil des sozialen und wirtschaftlichen Rahmens. In diesem historisch-institutionell geprägten Rahmen entwickeln sich und funktionieren seit 1989, laut dieser Auffassung, die Arbeitsmarktverhältnisse, Einkünfte und die Akkumulation des Wohlstands in den Transformationsgesellschaften. Retrospektiv versuchen Cox und Mason den Zusammenhang zwischen dem Wechsel der Wirtschaftsordnung und der Eigentumsverhältnisse und der Neugestaltung der sozialen Verhältnisse und Institutionen in jedem einzelnen Fall zu untersuchen.

In der Debatte über Möglichkeiten und Chancen der Systemtransformation in Ost- und Mitteleuropa² ist die Arbeit von Cox/Mason ein wichtiger Anhaltspunkt für die Vertreter des historisch-institutionellen Ansatzes. Die theoretischen Überlegungen von Jerzy Hausnor, David Stark, Brunzt u. a. werden als Ausgangspunkt für die Forschung genommen. Dabei rücken die Autoren in ihrer Analyse die vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen Institutionen und Gesellschaft in den Vordergrund, was die These des „institutionellen Vakuums“ vor dem Zusammenbruch des Kommunismus zurückweist. Bei der Untersuchung handelt es sich um die Ergebnisse struktureller Langzeitprozesse bzw. um das, was Fernand Braudel „longue durée“ genannt hat. Eine gründliche komparative Analyse des entspre-

chenden Ansatzes findet man bei Holm Sundhausen³, der den langfristig gewachsenen Strukturen in ex-sozialistischen Gesellschaften eine prägende Bedeutung für die Verhaltensweisen in der Gegenwart beimißt. Cox und Mason bauen auf die Ergebnisse der früheren Untersuchungen der beteiligten Akteure und Institutionen kurz vor und kurz nach 1989 auf. Ihr Beitrag ist eine Betrachtung des Wandels in einem strukturellen Langzeitprozeß von 1950 bis 1989, in dem die politischen Entscheidungsträger (policy makers) und die führenden Politiker (political leaders) nur ein Stück im großen sozialen puzzle der beteiligten Akteure sind.

Zwei Begriffe prägen und determinieren die Richtung dieser Forschung: „social transformation“ und „social groups relations“. Die Verwendung des Begriffes „Soziale Transformation“ statt „Übergang“ (transition) erlaubt die Vermeidung der Stereotypen, die mit dem bürokratisch bezwungenen Egalitarismus und der völligen Exklusion der Bürger und Institutionen vom Entscheidungsprozeß verbunden sind. Gleichzeitig solidarisieren sich damit Cox und Mason mit vielen politischen Akteuren der anvisierten Länder⁴, die sich für den graduellen Übergang einsetzen, und daher weisen sie auch die These der Entstehung des demokratischen Kapitalismus in einem „institutionellen Vakuum“ ab. Dennoch, wenn man unter dem Begriff „Transformation“ einen „zeitlich begrenzten und zielgerichteten Prozeß“⁵ versteht, entsteht die theoretisch-methodische Frage, ob man im ausgewählten Zeitraum über eine Transformation *per se* sprechen kann.

Der Begriff „social groups relations“ deckt in diesem Buch ein sehr

breites Spektrum der sozialen Gruppen ab, die sich am politischen Entscheidungsprozeß (policy making process) beteiligen. Und das ist ein wichtiger Beitrag des Buches. Im Unterschied zu den meisten Analytikern der post-kommunistischen Reform messen *Cox* und *Mason* den Betriebsgeschäftsführern, den kleinen und mittleren Unternehmern und anderen beteiligten Gruppen eine wichtige Rolle in der politischen und wirtschaftlichen Umstrukturierung der Gesellschaft bei. Eine gründliche Betrachtung der Industrieverhältnisse findet man bei denselben Autoren im Artikel „Trends and Developments in East Central European Industrial Relations“.⁶ Die führenden Politiker und die politischen Entscheidungsträger werden im Gegenteil nur als zwei gewöhnliche Gruppen betrachtet, deren Interessen oft auch kollidieren. Eine tiefer greifende Analyse der Zusammensetzung dieser zwei Gruppen, eventuell auch der Rolle der Intellektuellen, hätte vielleicht einen allgemeinen Beitrag zur Erklärung der „social groups relations“ bringen und unter Umständen auch einige Erklärungsmuster für diese Antagonismen anbieten können.

Der historisch-institutionelle Ansatz der vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen Institutionen und Gesellschaft spiegelt sich auf die janusköpfige Darstellung der Forschungsergebnisse wider. Der erste Teil untersucht verschiedene Aspekte des Institutionenwandels und die Beziehungen zwischen verschiedenen sozialen Gruppen, die ihren Höhepunkt im politischen Übergang von 1989 und in den später eingeschlagenen neuen Richtungen der Wirtschaftstransformation erreicht haben.

Der zweite Teil wechselt den Blickwinkel und betrachtet die Auswirkung des Wirtschaftswandels auf die Entwicklung der neuen Formen der Institutionenvernetzung und den entsprechenden Rahmen des sozialen Lebens, einschließlich der Privatisierung und der Umstrukturierung der Wirtschaft, des Arbeitsmarktes und des sozialen Wohlstandes, und nicht zuletzt der Industrieverhältnisse.

Im ersten Teil zeigt die empirische Untersuchung, daß, indem Elemente der neuen institutionellen Rahmen klar festgelegt sind, das Niveau der Umstrukturierung sehr unterschiedlich bleibt. Dabei handelt es sich um einen Komplex von Überresten der Institutionen der Planwirtschaft, die, neben den neuen Formen, die Interessen der alten Eliten und der Ex-Staatsmanager aufrechterhalten. Parallel damit entstehen und funktionieren Elemente, die klarer in die neuen Formen des Privateigentums und der Profitorientierten Modellen der Arbeitsorganisation hineingezogen sind.

Der zweite Teil deutet einen wichtigen empirischen Befund an. Obwohl die wirtschaftliche Transformation in den drei untersuchten Ländern intensiver und radikaler verlaufen ist als in vielen anderen ex-kommunistischen Ländern – die Wirtschaft hat sich klarer zum kapitalistischen System auf der Basis der Marktwirtschaft und des Privateigentums entwickelt – wurde sie dennoch von vielen Problemen bedrängt und sogar stark angegriffen. Die Angriffe auf das Ziel und die Formen der Transformation haben zum Fortbestand der komplexen und hybriden institutionellen Formen und Rahmen der Verhältnisse zwischen sozialen Gruppen geführt. Als Folge, behaupten *Cox* und *Mason*, unter-

scheiden sich die Gesellschaften in Ostmitteleuropa nach wie vor stark in vielen wichtigen Aspekten von ihren Nachbarn in Westeuropa.

Zusammenfassend kann man die Arbeit als einen wichtigen empirischen Beitrag zur historisch-institutionellen Perspektive in der Analyse der postkommunistischen Transformation betrachten. Das Buch umreißt deutlich die Konturen der institutionellen Umgestaltung der Gesellschaftssysteme in Polen, der Tschechoslowakei und in Ungarn und wäre ein gutes Beispiel für ähnliche Untersuchungen in anderen ex-kommunistischen Gesellschaften Ost- und Mitteleuropas.

Victoria Umanet

- 1 So die Kategorisierung von Charles Gati (1996): ‚leaders‘ sind die Tschechische Republik, Ungarn, Polen und möglicherweise Estland, Lettland und Litauen), ‚laggards‘ sind Bulgarien, Rumänien, Ukraine, Kroatien u. a., und ‚losers‘ die ehemaligen sowjetischen Republiken in Transkaukasien und Zentralasien.
- 2 Debatten zwischen den Institutionalistern mit ihrer Auffassung, daß die Institutionen und ihr Regelwerk die Gesellschaft und deren Verhaltensweisen prägen, und den Vertretern der Auffassung, daß die „Spielregeln“ von der Gesellschaft festgelegt werden, was die Institutionen dementsprechend ummodelliert.
- 3 H. Sundhausen, Die „Transformation“ Osteuropas in historischer Perspektive oder: Wie groß ist der Handlungsspielraum einer Gesellschaft“, in „Transformation sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs“, in: Leviathan Sonderheft 15/1995, hrsg. von H. Wollmann und H. Wiesenthal.
- 4 Siehe die Meinung des polnischen Vizepremierministers und Finanzmini-

sters (1994–1997) G. W. Kolodko, „Transition to a market economy and sustained growth. Implications for the post-Washington consensus“, in: *Communist and Post-Communist Studies* 32 (1999), S. 233–261 („After a decade of transition and lasting depression, a new, post-Washington consensus is developing. Major policy conclusions suggest that the core of emerging consensus, also based on the lessons from transitions, is institutional building. Only with strong institutions can liberalization and privatization put emerging post-socialist markets on the path of sustainable growth.“)

5 H. Sundhausen, S. 79.

6 *Industrial Relations Journal*, 2000.

Hélène Carrère d'Encausse: Lenin. Translated by George Holoch, Holmes & Meier, New York/London 2001, 371 pp.

Ein Buch über Lenin – heute? Wozu, wundert sich der Rezensent und fragt sich nach wenigen Seiten Textlektüre zudem, ob die Lebenswelt eines für das Verständnis der Neuzeit derart zentralen Akteurs mit solcher Oberflächlichkeit simplifiziert werden sollte, wie hier geschehen. Ein Blick auf die überschaubare Auswahlbibliographie von knapp fünf Seiten, die russische, englische und französische Titel ausweist, klärt allerdings darüber auf, daß dieses Werk keinen Anspruch auf „Gelehrsamkeit“ erheben will, sondern „Reinterpretation und Überdenken“ (S. 329) beabsichtigt – wohlan!

Die Grundlage für eine im Prinzip begrüßenswerte Revision aber ist dünn, kann diese doch auf eine Autopsie von Archivdokumenten nicht bauen. Dafür hat sich der Leser mit einem vagen Hinweis auf die Ersatzautorität-